



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 2,- Mk., Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 22. bis 28. Januar 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 4 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Potsdam. Der Lokalbeitrag ist in allen Beitragsklassen auf 1 Mk. wöchentlich festgesetzt worden.

Chefemünde. Der Lokalbeitrag ist ab 10. Januar 1922 erhöht worden für männliche Mitglieder auf 80 Pfg., für weibliche Mitglieder auf 60 Pfg. wöchentlich.

Die Zahlstelle **Wesentlichen** hat den Ortsbeitrag auf 50 Pfg. erhöht mit Wirkung vom 1. Januar 1922.

Für die Mitglieder der Zahlstelle **Lauban i. Schl.** ist der Ortsbeitrag ebenfalls erhöht worden, und zwar für männliche Mitglieder auf 80 Pfg. und für weibliche Mitglieder auf 70 Pfg.

Die Mitgliederversammlung in **Riel** hat den Ortsbeitrag wie folgt festgesetzt: 1. bis 3. Klasse 50 Pfg., 4. Kl. 1 Mk., 5. Kl. 2 Mk.

Die neuen Ortsaufsätze für **Riel** betragen: 1. bis 3. Klasse 0,50 Mk., 4. Klasse 1,- Mk., 5. Klasse 2,- Mk.

Die Zahlstelle **Eißit** hat den Lokalbeitrag auf 50 Pfg. erhöht.

In **Leipzig** ist der Ortsbeitrag für alle Mitglieder auf 1 Mk. festgesetzt worden.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

Die statistische Karte für das 4. Quartal 1921 ist von folgenden Zahlstellen nicht eingehandt worden:

Aachen, Bamberg, Bielefeld, Bingen, Bochum, Bordenheim, Bremen, Buchhof, Dessau, Detmold, Düren, Eberstadt, Elberfeld, Elmshorn, Erfurt, Essen, Freilberg i. S., Gießen, M.-Gladbach, Großenhain, Güstrow, Hanau, Harburg, Hattlingen, Heppenheim, Hildesheim, Hildburghausen, Jena, Karlsruhe, Kattowitz, Krefeld, Lauenburg, Leipzig, Pöhrth, Ludwigsfelde, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Marlenwerber, Münster, Neuwied, Oelsch i. B., Offenbach, Opladen, Pirna, Rathow, Rheydt, Salzkufen, Schlettau, Södranberg, Spandau, Solingen, Gr. u. Kl.-Steinhelm, Stettin, Torgau, Tübingen, Weimar, Witzburg.

Bei der großen Wichtigkeit der Nachweisung über den jeweiligen Stand der Mitgliederzahl und den Umfang der Arbeitslosigkeit bedeutet das Fehlen der Angaben aus so vielen Orten eine direkte Schädigung der Interessen unserer Kollegenschaft. Wir müssen daher zum wiederholten Male unsere Zahlstellenfunktionäre darauf aufmerksam machen und sie dringend bitten, in Zukunft die statistischen Karten pünktlich einzusenden. Die dazu erforderliche Arbeit ist so einfach und wenig zeitraubend, daß jeder Ortsleiter sie mit Leichtigkeit verrichten kann. Da das Porto aus der Hauptkasse erstattet wird, erwachsen den Lokalkassen auch keine besonderen Kosten.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: C. Bucher, 1. Vor.

51ster Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

Montag, den 19. Juni 1922,

in Leipzig, Saalbau des Zoolog. Gartens.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Freilung der Mandate).
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Betriebsräte und Gewerkschaften.
4. Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung.
5. Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte.
6. Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland.
7. Aenderung der Bundesstatuten.
8. Wahl des Bundesvorstandes.
9. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am 19. Juni 1922, normittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschl. Sonnabend, den 24. Juni, dauern.

Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

§ 22.

Alle dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, stimmfähige Vertreter zu dem Gewerkschaftskongress zu entsenden. Gewerkschaften, die mit mehr als zwei Vierteljahrsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstande sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme an dem Kongress oder das Stimmrecht auf denselben verweigert werden.

§ 33.

Auf je 10 000 Mitglieder einer Gewerkschaft entfällt ein Vertreter, desgleichen auf eine überschüssige Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 10 000 Mitgliedern können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongress können nach § 34 der Satzungen von jeder angeschlossenen Gewerkschaft oder ihren Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongress, also bis zum 22. April 1922, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Berlin, 7. Januar 1922.

ED. 16, Engelkestr. 24 IV.

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Sitzung des Verbandsvorstandes

vom 15. Januar 1922.

Anwesend sind alle Vorstandsmitglieder. Der Verbandsvorstand gibt zuerst einen Überblick über die tarifliche Situation. Das letzte Lohnabkommen ist bekanntlich zum 31. Januar von den Gehilfen gekündigt worden. Die Ursachen sind nicht schwer zu erraten. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Buch- und Zeitungsdruckereien empfinden die bittere Not täglich immer schwerer. Die gehoffte Verbilligung der Lebensmittel ist nicht eingetreten. Ähnlich ist sogar eine Steigerung von 10 Proz. notiert worden, weitere Verteuerung ist nach Auslassung von Regierungsseite bestimmt zu erwarten. Obwohl die Kündigung des Lohnabkommens zum ersten Kündigungstermin nicht ausgesprochen wurde, hat der Verbandsvorstand der Buchdrucker in einem Schreiben an das Tarifamt zum Ausdruck gebracht, daß bei den Arbeitern nicht die Auffassung vorhanden ist, als ob die bei der letzten Tarifausgleichung vereinbarten Löhne im Buchdruckergewerbe befriedigt und den bestehenden Verhältnissen entsprechen hätten. Der Deutsche Buchdruckerverein hat darauf dem Tarifamt geantwortet, er würde einer weiteren Lohnerhöhung nicht zustimmen können, da faktisch eine Verbilligung von Lebensmitteln (Margarine, Fette) eingetreten ist. In der „Zeitschrift“ haben die Unternehmer öffentlich zu der jetzt erfolgten Kündigung Stellung genommen und schärfsten Widerstand angekündigt. Sie meinen, daß die letzten Teuerungszulagen überaus reichlich bemessen waren und erklären weiter: „Jedenfalls wären die letzten Lohnerhöhungen von den Prinzipalvertretern im Tarifausgleich wohl nicht zugelassen worden, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse bereits damals vorauszu sehen gewesen wären.“ Das Unternehmerorgan spricht weiter von übersteigenden Lohnaufwendungen in den letzten Monaten, die den Buchdruckereigentümern und Zeitungsverlegern ganz gewaltige Opfer auferlegt haben.

Alle Vorbereitungen der Unternehmer deuten darauf hin, daß die Gehilfenvertreter bei den nächsten Verhandlungen im Tarifausgleich einen schweren Stand haben werden. Auf Arbeiterseite ist die durchaus richtige Meinung verbreitet, daß die Buchdruckereigentümer wohl die traurige Lage ihrer Angestellten erkennen, aber aus Profitinteresse sich nicht offen darüber zu äußern wagen. Die Behauptungen, Schmalz, Margarine, Fett, Meis haben sich verbilligt, und deshalb könne die Arbeiterkraft bei ihrem jetzigen Verdienst besser auskommen, ist lächerlich und entspricht auch keineswegs den Tatsachen. Daß die Arbeiter ihr und ihrer Familie Leben nicht mit amerikanischem Schmalz und Margarine fristen können oder wie die hinesischen Kulis nicht dauernd von Meis existieren — das wäre übrigens bei dem Preise dieses „billigen“ Nahrungsmittels ein teures

Bergnügen — weiß jeder einsichtige Mensch. Nur unsere Prinzipale wissen es nicht. Sie folgern aus der vorübergehend eingetretenen Preisentwertung für Fette und Meis eine Verbilligung der Lebensmittel überhaupt und wollen nicht wissen, daß ihre Arbeiter in der Hauptsache von Brot und Kartoffeln leben müssen. Aber was nützt es, unseren Unternehmern dies alles noch besonders vorzuführen, sie können und wollen nicht begreifen und sprechen von einer Wahnsinnspolitik, die die Arbeiter treiben. Wir wünschen als Menschenfreunde den Unternehmern und den Schreibern an der „Zeitschrift“ nicht, daß sie unter den Verhältnissen der Druckereiarbeiter existieren müssen. Auf der Tagesordnung der nächsten Tarifausgleichung ist auch ein besonderer Antrag der Hilfsarbeiter über Gleichstellung der Teuerungszulage für Hilfsarbeiter mit derjenigen für Gehilfen aufgenommen worden und damit dem Wunsch vieler Mitgliedschaften entsprochen worden.

Die Worte des Verbandsvorsitzenden regten die Verbandsmitglieder zu einer längeren Aussprache an. Dabei wurde besonders darauf hingewiesen, daß die jetzigen Löhne noch lange nicht den Friedensstand erreicht haben, der für die Arbeiter aber zum Leben notwendig ist. Den Unternehmern muß es überlassen bleiben, ob sie sich bei der jetzt immens eintretenden Teuerung bei einem nicht genügenden Entgegenkommen bald wieder mit neuen Forderungen ihrer Arbeiter befassen wollen. Sie sollen sich jedenfalls nicht einbilden, daß die Arbeiter sich durch die Scharfmaderereien der „Zeitschrift“ einschüchtern lassen. Der Verbandsvorstand kommt in seiner Aussprache zu dem Beschluß, die Verhandlungen haben im Sinne der vorgetragenen Meinung bei der Tarifausgleichung tätig zu sein. Die Teilnahme der bisherigen Vertreter an den Verhandlungen wird beschloffen.

Zu den Kosten des Tarifamtes für das vergangene Jahr wird unser Verband nach Vereinbarung mit 30 000 Mk. herangezogen. Der Verbandsvorstand gibt dazu seine Zustimmung.

Zu einer längeren Aussprache kommt es nach dem Bericht des Vorsitzenden über den Tarifstreik in Eißit. Der Ausgang hat das Hilfspersonal nicht voll befriedigt. Die Arbeitsaufnahme ist aber unter den gegebenen Umständen doch erfolgt. Das Tarifamt wird sich auf Beschwerden des dortigen Hilfspersonals noch mit dieser Angelegenheit befassen müssen. Ebenfalls wird eine Aussprache mit dem Verbandsvertreter der Gehilfenorganisation nötig sein. Die Auszahlung einer Weihnachtsgeldunterstützung an die Streikenden in Eißit wird vom Vorstand gutgeheißen.

Zu den Verhandlungen der Schriftgießer, deren Lohnabkommen ebenfalls gekündigt wurde, wird als Verhandler des Hilfspersonals Koll. Kalb-Frankfurt a. M. delegiert.

Eine Statistik über die Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im Feinindrugewerbe ist aufgenommen worden. Die Lohngestaltung dieser Kollegen und Kolleginnen beweist, daß die bisher geübte Taktik bei den Lohnbewegungen richtig war, sie soll auch weiter eingehalten werden. Die Ansicht über den Wert der abgeschlossenen Orts- und Bezirkstarife war im Verbandsvorstand geteilt, schließlich einigte man sich auf einen Vorschlag des Vorsitzenden, der Beratungsgegenstand einer demnächst einzuberufenden Gauleiterkonferenz sein wird. Berichte über die geführten und noch schwelenden Lohnbewegungen, die zum Teil zum Streik geführt haben, werden vom Vorstand zur Kenntnis genommen. Ebenfalls der Zustand des Hilfspersonals der Firma Besterhorn in Wessersleben, der volle Billigung des Verbandsvorstandes findet. Den noch nicht vollberechtigten Streikenden in Wessersleben soll die volle Streikunterstützung gezahlt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werden Verbands- und Kassenangelegenheiten erledigt. Zur Unterstützung des Kollegen Bell-Rölln, der schon seit Monaten leidend ist, wird eine vorläufige Anstellung beschloffen. Die von verschiedenen Orten beantragte feste Anstellung eines Ortsbeamten muß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Verbandes abgelehnt werden. Ein Antrag von München auf Zahlung von Streikunterstützung wird nach kurzer Aussprache dem Sinne nach genehmigt. Auf die vom Verbandsvorstand und Beirat beschlossene Anstellung eines Ortsbeamten für Chemnitz haben sich nach erfolgter Ausschreibung zwei Bewerber gemeldet. Durch Urwahl ist der Koll. Findwirth-Chemnitz gewählt worden. Die Anstellung einer Hilfskraft auf drei Monate wird der Zahlstelle Leipzig bewilligt. Ein Antrag von Berlin, bei Beitragsverhältnissen eine Urabstimmung vorzunehmen, wird zur Kenntnis genommen. Er wird die nächste Beiratssitzung beschäftigen. Eine längere Aussprache verursachen Anträge der Zahlstelle Hamburg, die nach eingehender Erörterung abgelehnt werden. Noch viele scheinbar kleine Sachen, die Kasse und Verwaltung betreffen, beschäftigen die Vorstandssitzung, die erst nach neunmittliger Dauer geschlossen werden kann.

Gewerkschafter in der Bucher- bekämpfung in Bayern

In die Bayerische Landeswucherabwehrstelle sind vom Gewerkschaftsstellvertreter München die Kollegen Weich und Gerstmeier delegiert worden, die in nachfolgendem Auftrag über ihre Tätigkeit dort interessanten Aufschluss geben.

Im November 1919 wurden auf Anregung des Ministeriums für Landwirtschaft (damaliger Minister v. Freyberg) zwei Vertrauensleute des Gewerkschaftsbereichs München als Vertreter der freizuarbeitenden Arbeiterchaft in das damalige Kriegswucheramt (jetzt Landeswucherabwehrstelle) abgeordnet. Hierzu trat am 1. Januar 1921 ein Delegierter der Christlichen Gewerkschaften, so daß im ganzen drei Gewerkschafter in der Wucherbekämpfung tätig sind.

Gegenüber der Teilnahme von Gewerkschaftern an der Wucherbekämpfung im Reich tritt eine wesentliche Verschiebung zutage, wenn man den Artikel in Nr. 5 vom 29. Januar 1921 der „Solidarität“ „Gewerkschafter in der Wucherbekämpfung“ von Dr. C. Falk zur Hand nimmt.

Im Reich waren zirka 600 Gewerkschafter aus den drei Gewerkschaftsgruppen als Hilfspolizisten tätig. In Bayern dagegen sind drei Gewerkschafter als Delegierte in Funktion. Schon in ihren Beschlüssen tritt denen im Reich gegenüber eine Kompetenzverschiebung infolge zutage, als ihre Dienstverweisung unter anderem den Absatz enthält, daß selbständige Vornahme von Kontrollen und Befehlsgewalt durch die Delegierten unzulässig sind.

Ob nun die selbständige Vornahme von vollzähligen Handlungen durch die Delegierten in Bayern von Vorteil oder notwendig gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls aber hat die praktische Erfahrung gezeigt, daß in vielen Fällen ein sofortiges selbständiges Eingreifen nötig gewesen wäre, da die Ziviljustiz bis zur Herbeiführung eines Urteils den Erfolg in Frage gestellt bzw. verhindert hat.

Ungeachtet dessen war trotzdem für die Delegation ein großes vielseitiges und reiches Arbeitsfeld vorhanden. Die Richtlinien über die Tätigkeit der Delegierten wurden seitens des Amtes festgelegt und waren folgendermaßen eingeteilt:

Teilnahme im Außendienst, abwechselnd mit verschiedenen Gruppen in Ober- und Niederbayern, Schwaben, Pfalz usw., bei Weichkontrollen, Milchablieferung, Bahn-Zug-Güter- und Straßenkontrollen, Ueberwachung der Mühlenbetriebe Kontrolle der großen Güter und Deponomien, Verfolgung von Anzeigen über Lieferungsäufträge, Schwarzschlachten, Preisstreiche, Höchstpreisüberschreitungen, Bekämpfung des Scheichthandels auf dem Lande und Ueberwachung der Öfen.

Teilnahme im Innendienst an den Kontrollen der Fahndungsabteilung für den Stadtbereich München. Diese befanden aus Revisionen der Wäcker und Waren, Preisprüfungen in Warenhäusern, Kontrollen in Lagerhäusern, Spektationsgeschäften, Fabriken, Hotels, Restaurants, Gastwirtschaften, Fremdenheimen und Pensionen, Bäckereien wegen Verbot sowie Kontrolle berühmter Schlemmerstätten, auch bei Privatlen in allen Kreisen, wo größere Lebensmittelvorräte vorhanden und von Scheichthändlern bezogen waren, Beteiligung an den veranstalteten öffentlichen Razzien in den Hotels, Restaurants usw., wo sich Schieberkreise anfänglich gemacht bzw. verkehrt hatten.

Den Delegierten wurde besonderes Entgegenkommen gezeigt, um einen vollen Einblick in die bezugliche Arbeit des Amtes zu erhalten. Sie konnten so aufklärend wirken. Die Arbeiterchaft hat damit durch ihre Vertreter einen hervorragenden Anteil an der Bekämpfung des Wuchers gehabt und hat durch ihre Mithilfe zur Vernichtung vieler Schädlinge am Volkstörper beigetragen. Von Vorteil für die Tätigkeit der Delegierten war es, daß sie mit den Gewerkschaften und Organisationen in engster Fühlungnahme standen. Ihre Orts- und Leutenkenntnis gaben manchen Fingerzeig, ihr wertvolles Material und ihre Anzeigen erleichterten die vorzunehmenden Kontrollen, so daß oft ein erfolgreiches Arbeiten in manchen Gebieten ohne diese Korporationen nicht möglich gewesen wäre.

Wie notwendig die Aufrechterhaltung dieser Verbindung zwischen Arbeiter, Angestellten und Verbraucher durch die Delegierten war, zeigt sich in vielen Anlässen, die nicht so zahlreich gewesen oder überhaupt nicht gemacht worden wären, wenn man sich nicht an die Gewerkschafter als Vertrauensleute hätte wenden können, denn das Mißtrauen oder die Scheu gegen vollzählige Behörden war zur Zeit des Bestehens der Zwangswirtschaft besonders stark.

Genau notwendig zeigte sich eine feste Verbindung mit den Betriebsräten. Oftmals kam es vor, daß die Delegierten in solchen Fällen eingreifen mußten, wo sich Widerstand der Arbeiter bei Kontrollen in größeren Betrieben zeigte. Der Widerstand der Betriebsräte, Arbeiter und Angestellte war in allen Fällen nur durch falsche Informationen, Vergehungen und Drohungen mit Schließung des Betriebes durch die Unternehmer verursacht worden, um dadurch die für die Unternehmer höchst unangenehmen Kontrollen über ihr Geschäftsbuch unzulässig machen zu können. Das Eingreifen der Delegierten durch reißlose Aufklärung und Begründung der Notwendigkeit der angelegten Kontrollen veranlaßte ein sofortiges Aufheben des Widerstandes, in manchen Fällen mit dem Ergebnis, daß Betriebsräte, Arbeiter und Angestellte sogar die Beamten in ihrer Ausführung unterstützten.

Zuletzt galt es auch, neben den Hauptaufgaben der Delegierten, diejenigen nicht zu vergessen, die das Un-

glück hatten, mit den Gesetzen der Verbrauchsregelung während der Zwangswirtschaft in Konflikt zu kommen. Es ist nicht abzuleugnen, daß auf diesem Gebiete gegen Samstier in der ersten Zeit mit großem Uebereifer vorgegangen wurde, was maßlose Erbitterung auslöste und das bestandene Mißtrauen noch verstärkte.

Hier gab es für die Delegierten reichlich viel Arbeit. Groß war die Zahl der schriftlichen und persönlichen Gesuche der Unglücklichen, die auf Grund unserer verbreiteten Ernährungspolitik gezwungen waren, den Dornenweg des Samstiers zu beschreiten, die oft mühsam das Notwendigste zur Erhaltung der Arbeitskraft für teures Geld zusammen betteln mußten, was dann bei der Bahnkontrolle auf Grund der vorhandenen Vorschriften abgenommen wurde. In ihrer Not wandten sie sich an die Delegierten als Vertreter der wertvollen Bevölkerung und es gelang diesen, die Härte dieses Gesetzes auszugleichen insofern, als durch ihr Eintreten kein Amt in den meisten Fällen die Herausgabe der beschlagnahmten Lebensmittel in Natur oder Geld ermöglicht wurde.

Dieses Gebiet brachte den Delegierten eine außerordentlich große Arbeitslast, da jeder einzelne Fall, bevor er vertretbar werden konnte, genauestens untersucht werden mußte. Die Erkundigungen erstreckten sich über die persönlichen und Arbeitsverhältnisse bei den Betriebsräten, Organisationen usw. des Betroffenen und machten sie deshalb notwendig, weil es nicht selten vorkam, daß Scheichthändler, die unter die Räder kamen, die Hilfe der Delegierten in Anspruch zu nehmen versuchten.

Ein besonderes Augenmerk mußte auch auf jene gerichtet werden, die aus wirklicher Not und unglücklichen Verhältnissen heraus erstmals dem Scheichthandel in die Arme getrieben wurden. Sie mußten wieder auf den richtigen Weg gebracht werden. Unerbittlich aber wurde ohne Unterschied des Standes bekämpft, wer sich dem Scheichthandel ergeben hatte und die Not des Volkes gewissenlos ausbeutete.

Die Verwendung von Gewerkschaftern in der Wucherbekämpfung in Bayern war natürlich auch starken Anfeindungen von gewissen Privatlen und von behördlicher Seite ausgesetzt. Nach den Erfahrungen einer zweijährigen Tätigkeit mit den Delegierten müssen aber alle Einwendungen als unbegründet bezeichnet werden. Jede Mitarbeit wird jetzt noch dringender nötig, denn gerade der Abbau der Zwangswirtschaft stellt die Wucherbekämpfung vor immer schwierigeren Aufgaben, in der die Gewerkschafter noch reichlich intensive Arbeit zu leisten haben.

Hier ist wieder der beste Beweis gegeben, wie notwendig und zweckentsprechend die Heranziehung von Gewerkschaftern zur praktischen Mitarbeit gerade bei solchen Behörden ist, die im Verkehr mit den breiten Schichten der Bevölkerung stehen, vornehmlich Polizeibehörden. Die Gewerkschafter haben aus ihrer beruflichen Tätigkeit reiche Kenntnis des praktischen Lebens und Erfahrung in der Beurteilung der Menschen und ihrer Beweggründe. Daß auf diesem Gebiete sehr viel veramtet wurde und noch veramtet wird, ist behauerlich; denn die Anschauung, daß Gewerkschafter Politik in die Behörde hinein tragen würden, ist nicht stichhaltig. Sie können das schon deshalb nicht, weil die von ihnen vertretenen Kreise praktische Arbeit zur Wahrung ihrer Interessen verlangen.

Soziale Auslandschronik

Die Arbeitslosigkeit. Sowohl in den Westländern als auch in Amerika ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten überall im Steigen begriffen. In England waren anfangs Dezember außer den Kurzarbeitern beinahe 10 Proz. sämtlicher Arbeiter beschäftigungslos. In dem Gebiet der Vereinigten Staaten, Massachusetts, geben die Gewerkschaften 26 Proz. ihrer Mitglieder als Arbeitslose an. In Holland und Kanada melden die Gewerkschaften für Oktober bzw. November eine Arbeitslosigkeit von je 8 1/2 Proz. ihrer Mitglieder. In Holland sind besonders die Diamant-, Tabak- und Landarbeiter betroffen. In Schweden betrug die Zahl der Arbeitslosen im November mehr als 100 000, in Italien dagegen — außer den Kurzarbeitern — beinahe eine halbe Million Die Hartnäckigkeit der italienischen Krise ist auch daraus ersichtlich, daß ein Teil der Arbeiter bereits über die gesetzliche Verschönerungsbauer, d. h. über 90 bzw. 120 Tage, beschäftigungslos ist, so daß letztere noch um 45 Tage verlängert werden mußte.

Die englische Arbeiterpartei — Labour Party — hat die Forderung aufgestellt, daß der Staat die Zinszahlungen der Staatsanleihen teilweise einstellen und den so ersparten Betrag für die menschenwürdige Erhaltung der Arbeitslosen verwenden solle. Für die gewöhnliche Moral ist es ja selbstverständlich, daß der Unterhalt schuldlos Summender eine wichtigere Staatsaufgabe ist, als die Vermehrung des Renteneinkommens. Die kapitalistische Moral, der auch die Regierungen huldigen, wird aber diese Forderung kaum anerkennen wollen.

Achtstundentag und Lohntheorie. Neben den Verteilungen, den Achtstundentag, wo er gesetzlich besteht, abzuschaffen, machen die Unternehmer einen schlaunen Umweg, um dieser sozialen Einrichtung das Lebenslicht auszublauen: Die Arbeiter sollen sich freiwillig gegen gute Entlohnung zur Leistung von Ueberstunden entschließen. Im „Populäre“ zeigt J. Lebas, daß die Abschaffung des Achtstundentages, abgesehen von ihrer sozialen und moralischen Bedeutung, auch materielle Gefahren für den Arbeiter bedeutet. Die gute Entlohnung für die Ueberstunden kann sich später als Leedmittel herausstellen, um den Widerstand der Arbeiter zu beschwichtigen. Ist das erreicht, so wird der Unternehmer die Stundenlöhne bald herabsetzen, so daß nunmehr z. B. für eine zehnstündige Arbeit ebenfalls gezahlt wird, wie vor kurzem für eine achtsündige. Dieser Befürchtung liegt die Lohntheorie zugrunde, wonach der Arbeiter nur soviel als

Lohn erhält, als für seine Existenz — zur Reproduktion seiner Arbeitskraft — unbedingt notwendig ist. Besonders gilt dies für Zeiten schlechter Konjunktur, wo der Kreis der zur Existenz unbedingt notwendigen Substanzmittel sehr eng gezogen wird. Konnte der Arbeiter früher dem Erlös des Achtstundentages, wenn auch nichtmäßig existieren, so steht dem Unternehmer nichts im Wege, denselben Lohn nunmehr für zehnstündige Arbeit zu bezahlen. Das einzige, was diesem, vom Unternehmerstandpunkt wohl begreiflichen Vorgehen ein Hindernis in den Weg zu stellen vermag, ist die Organisation der Arbeiter, wenn sie machtvoll genug ist. In Frankreich kann davon bedauerlicherweise nicht die Rede sein; gegenwärtig, nach der Spaltung der Gewerkschaften, weniger als zuvor.

Die Gewerkschaft der französischen Seeleute will eine Handelsflotte kaufen. Die im französischen Staatsbesitz befindlichen Handelsschiffe — 17 Stück, mit einem Tonnengehalt von 112 000 Tonnen — soll aufgelöst, die Schiffe sollen verkauft werden. Die Schiffe sind während des Krieges gebaut oder gelapert worden, ein Teil jedoch sind deutsche Schiffe, welche nach dem Kriege als Schandenerb des Staat zufielen. Der Bund der französischen Seeleute befindet sich unter den Bewerbern für einen Teil dieser Flotte; aus unseren Berichten ist es nicht ersichtlich, für welchen Zweck, und ob sie diese Schiffe etwa nach der Art und den Grundrissen der englischen Gilden in Betrieb zu halten gedenken? Im übrigen konnte eine Einigung mit der Regierung infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht zustande kommen.

Eine schaurige Bildweitsenaktion. Sie wird aber in keinem Film vorgeführt. Sie ist nicht romantisch genug. Es handelt sich nur um Kinder. Um Kinder, die zu Artzelpfen werden. Von allen Kindern, die in den Zuckerfabriken des Staates Colorado in den Vereinigten Staaten beschäftigt werden, ist ein Viertel noch keine zehn Jahre alt, nur ein Fünftel hat das vierzehnte Lebensjahr erreicht. Ein Teil der Kinder (ein Siebentel bis ein Achtel) arbeitet mehr als 12 Stunden; die übrigen — 9 Stunden. Körperlich leiden 70 Proz. der Kinder an Organverfälschungen, die ärztliche Hilfe auf das vielfältigste Verharren in gesundheitsgefährdender Haltung zurückgeführt werden. Gewiß sind 40 Proz. der Kinder um 1—7 Jahre hinter ihrem Altersgenossen zurückgeblieben. Ein Viertel bis zu einem Drittel der unentwickelten Kinder der Zuckerfabriken entfällt auf die im Ribbenbau beschäftigten.

Europäische Begriffe auf einer Negekonferenz. Eine Konferenz der eingeborenen Industriearbeiter Südafrikas hat neuerdings stattgefunden; eine der ersten, bedeutendsten Aktionen der schwarzen Halbafrikaner, die bis jetzt überhaupt vorkam, ist: Protest gegen Ausdehnung der Arbeitszeit in den Häfen und auf den Eisenbahnen. Protest gegen das System der hier sogenannten „Kollektivverträge“. Eine merkwürdige Namensverwechslung! Es werden darunter nämlich Massenwerbungen uherstandesloser Menschen verstanden, die sich auf Jahre vollständig verkaufen, ohne jede Gewähr gegen die brutale Willkür des „Vertragsunterhaken“. Schließlich taucht noch ein europäischer Begriff auf, der sich aber nicht verwechseln läßt und in voller Realität vorkommt: die Bergwerksrukelose. — Alles in allem: die stumme Menschenqual wird zu einer schreulichen — der erste Schritt, der ernst zu nehmen ist.

Aus unseren Zahlstellen

Attenburg. Am 3. Januar wurde im Volkshaus zu Attenburg die Bezirkshauptversammlung abgehalten, welche von der Vorsitzenden M. Seyer geleitet wurde. Zur Tagesordnung standen Berichte, Anträge und Wahlen. Gleich in ihren einleitenden Worten mußte die Vorsitzende den schlechten Besuch rügen. Aus ihrem Bericht ist zu entnehmen, daß das Jahr 1921 ein Jahr des Kampfes und der Ersolge war. Es wurden fünf Lohnbewegungen mit günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen abgeschlossen. Die letzte bei der Firma Müller u. Dörfling geführte Bewegung zeltigte ganz wesentliche Fortschritte, da die Kolleginnen bis dahin noch nicht zu vollen Arbeitslöhnen entlohn wurden. Sie sind zum größten Teil noch sehr jung, stehen aber treu zu ihrer Organisation. Das muß besonders hervorgehoben werden: Im Steinbrunn endete eine Lohnbewegung mit einer Streikdauer von fünf Stunden. Hier galt es die 47stündige Arbeitswoche zu erringen. Am Schluß wurde mit 47 1/2 Stunden die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kollegen im Steinbrunn war bislang auf örtliche Abmachungen angewiesen; erst vor Jahresfrist wurden sie dem Thieringer Bezirkstarif angeschlossen. Im großen und ganzen machte sich in der Zahlstelle eine Aufwärtsbewegung bemerkbar. Die Mitgliederzahl schwankte mit jedem Quartal und fand am Jahresabschluss auf 88 männliche und 199 weibliche Mitglieder. Auch bei dem Bericht des Kassierers mußte gesagt werden, daß in finanzieller Beziehung eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen ist. In die Hauptkasse wurde abgeführt: 1. Quartal 4289,16 Mt., 2. Quartal 6000,70 Mt., 3. Quartal 5247,25 Mt., 4. Quartal 7305,80 Mt. Das Anziehen der Löhne und dementsprechend die erhöhte Vertragsleistung zeltigten naturgemäß auch ein Anwachsen der Einnahmen der Hauptkasse. Daselbe Verhältnis besteht bei der Ortskasse. Der Ortsbeitrag wurde auf durchweg 50 Wfg. erhöht und die Verbandsbeiträge, wie sie vom Hauptvorstand festgelegt sind. Nach vielen Anschaffungen blieb am Jahresabschluss ein kleiner Fehlbetrag zurück, welchen der Kassierer bald ausgleichen wird. Im übrigen war der Bericht aufreihend. Eins mußte auch hier besonders gekehrt werden. Viele Kollegen verläumen noch immer bei Streitfällen das An- und Abmelden gewissenhaft durchzuführen. Hierdurch entstehen dem Kassierer viel Unannehmlichkeiten, welche ganz gut vermieden werden können. Ein Antrag war eingegangen, jede Mitgliederversammlung beschlußfähig zu machen. Er wurde einstimmig angenommen. Bei der Vorstandswahl wurde, ohne weitere Vorkläufe zu machen, dem Gesamtvorstand auch weiterhin das Vertrauen ausgesprochen. Renegawählt wurden als stellvertretender Schriftführer die Kollegin Landmann, als Kassier die Kollegin Solvoldt.

Gutmann und die Kollegin Freiberg. Als Revisoren Kollege Schmidt und Kollegin Dörnböser. Nege Ausdrücke brachte die Vernehmung der Verbands- und lokalen Gelder hervor. Viele junge Kolleginnen lassen sich immer noch von Außenstehenden ungünstig beeinflussen und bringen dann derartige Debatten hervor. Sie wurden vom Kassierer aufgeklärt und falsche Vermutungen zerstreut. Der zweite Vorsitzende Otto Foyger erläuterte den Ausgang der Verhandlung vor dem Tarifschlichtergericht Naumburg. Es handelte sich dabei um die Anerkennung einer Tiegeldruckanlage als vollwertige Anlegerin in Punkte Bezahlung. Das Schlichtergericht trat unserer Auffassung bei und verurteilte den Unternehmer. Nach wiederholtem Appell vom Gesamtvorstand, auch im neuen Jahr recht reger zu sein und fleißig die Versammlungen zu besuchen, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen. Vorwärts im neuen Jahre zu gutem Gedeihen und fruchtbringender Arbeit!

Criminellg. i. S. Am 7. Januar wurde im Restaurant „Zur Goldenen Säge“ unter mäßiger Beteiligung unsere Generalversammlung abgehalten. Hierzu war Kollege Gaultier Hermann aus Dresden anwesend. Er hielt ein treffendes Referat über „Wirtschaftliche Zeitfragen“, welches verständnisvoll aufgenommen und am Schluß mit reichem Beifall belohnt wurde. Die Entwicklung und Ertragsverhältnisse der Holzindustrie im verflochtenen Jahre wurde vom Vorsitzenden Koll. Hammer im Vorstandesbericht nochmals in Erinnerung gebracht. Das Besondere war der Anstieg der Mitgliederzahl von 200 auf 307 und die Vohrerhöhungen bei männlichen Arbeitern bis 100 Proz., bei weiblichen bis 125 Proz. Durch zeitliche Verhandlungen konnte nach ähem Ringen der Leipziger Ortsrat für Criminellg. eingeführt werden. Die Raffenschäfte wurden zur vollsten Zufriedenheit und mit peinlichster Genauigkeit vom Koll. Fischer geführt. Der Kassenbestand der Lokalkasse konnte fast um das Achtfache erhöht werden. Bei der Neuwahl wurde Koll. Hammer als 1. Koll. Bräutigam als 2. Vork., Koll. Fischer als Kassierer und Koll. Wohlrad als Schriftführer gewählt. Mit einem Appell an alle Mitglieder, der neuen Verwaltung auch in diesem Jahre ihr Vertrauen und tatkräftige Unterstützung entgegenzubringen, schloß in später Stunde der Vorsitzende die Versammlung.

Leipzig. Die am 9. Januar 1922 im „Pantheon“ stattgefundene Versammlung der Stein- und Zinnschleifer beschäftigte sich in der Hauptfrage mit einem Bericht des Sektionsvorstandes und der Stellungnahme zur Schaffung eines Reichstarifs für das Steindruckgewerbe. Zum Bericht bemerkt der Vorsitzende, daß es Pflicht aller Anwesenden sei, alle künftigen Kollegen aufzukuntern und sie für die Interessen ihrer Sparte anzuhaken. Kollege Moser brachte einen Antrag ein, welcher die Tarifkommission auffordert, bei der nächsten Verhandlung zu beantragen, daß infolge der starken Abnutzung der Kleidung ein Schmutzgehalt gezahlt werden müsse. Der Antrag fand nach reger Diskussion einstimmige Annahme. Weltweitig verpflichteten sich die Versammelten, für ihre Forderung mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln einzutreten. Die diesjährige Generalversammlung wird am 6. März stattfinden und schon jetzt sollen Anträge ausgearbeitet und zur gegebenen Zeit dem Ortsvorstand unterbreitet werden. Der Umzug der Ortsverwaltung nach dem Volkshaus erfolgt am 13. Februar.

Bei der Stellungnahme zur Schaffung eines Reichstarifs für das Steindruckgewerbe gab Kollege Müller bekannt, daß wir doch über kurz oder lang zu einem Reichstarif auch für unser Gewerbe kommen müssen. Tatsache sei, daß jeder Reichstarif seine guten, aber auch seine Schattenseiten habe. Es dürfte jedoch nicht verkannt werden, daß durch Schaffung des Reichstarifs viele einzelne örtliche Unstimmigkeiten und Mängel, wie in der Arbeitszeit, Mindestlöhne, Ueberstunden, Lehrverhältnis usw. beseitigt werden. Der Redner ging besonders auf die abgeschlossenen Orts- und Bezirkstarife ein, besprach ihre Vorteile und Mängel und kam zu dem Schluß, daß eine zentrale Regelung dem bisherigen Zustande vorzuziehen sei. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Verschiedene Redner brachten ihre Bedenken gegen den Reichstarif zum Ausdruck. In Anbetracht der Erfahrung und der Mängel, welche im Reichstarif für das Buchdruckgewerbe vorhanden sind, sei das Beispiel zur Nachahmung nicht gegeben. In seinem Schlußwort erwiderte Kollege Müller, daß vorstehende Mängel wohl bestehen, aber von der Zentralleitung auch erkannt sind. Es bestehe keine Gefahr, daß diese Nachteile in einem anderen Tarife mit übernommen werden. Soweit er die Zentralleitung kenne, könnten die Kollegen mit vollem Vertrauen der Schaffung des Reichstarifs entgegengehen. Notwendig ist es aber, daß wir vordem unsere Wünsche formulieren, ausarbeiten und in Anträgen an die Zentralverwaltung weitergeben, damit sie in gebührender Weise berücksichtigt werden können. Die Kollegen erklärten sich im Allgemeinen mit den Ausführungen einverstanden.

Unter Verschiedenem wurden noch einige interne Angelegenheiten erörtert und unter der Betanngabe, daß am 9. Februar abends nach Geschäftsfluß die nächste Versammlung stattfindet und kräftig für einen guten Versammlungsbesuch zu sorgen ist, schloß Kollege Müller die Versammlung.

Rundschau

Streit und Auspörrung in Aghersleben. Wegen Lohn-differenzen sind bei der Firma J. C. Westhorn sämtliche Anlegerinnen der Buch- und Steindruckabteilungen in den Zustand getreten. Strupellos wie immer haben die Firmeninhaber darauf das gesamte übrige Personal dieser Abteilungen, Gehilfen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen striktlos entlassen, so daß a. St. 300 Personen im Kampf stehen. Außerdem wurde dem Personal der übrigen Abteilungen, ca. 700 Köpfe, die Auspörrung angedroht.

Die Ursachen des Konfliktes sind darin zu suchen, daß sich die Firma gütlichlich weigert, tarifliche Löhne und die durch die Tarifinstanzen festgesetzten Zulagen zu bezahlen, um weiterhin in der Lage zu sein, ihren Ruf auf dem Gebiete der Schmutzkonturen im Gewerbe aufrecht zu erhalten. Nichtbeschwerter versuchen es die Firmen-

inhaber mit Hilfe und Unterstützung sehr gefügiger Schlichtungs- und anderer beheblicher Stellen die um die Erhaltung des nacten Lebens kämpfende Arbeiterchaft noch ins Unrecht zu verlegen, obwohl Lohn-differenzen gegenüber anderen gleichartigen Betrieben und den tariflichen Sätzen von über 100 M. wödentlich bei den weiblichen Arbeit-schaften bestanden. Diesen Zustand zu beseitigen, haben sich nun unsere Kolleginnen aufgesetzt.

Sie finden dabei die volle moralische und materielle Unterstützung ihres Verbandes und die Sympathien der durch die Brutalität der Bestehens in Mitleidenschaft gezogenen Mitarbeiter und der gesamten Aghersleben Arbeiterchaft. Ueber den Ausgang der Bewegung, die nur mit einem vollen Erfolg für unsere dortige Kollegenschaft beendet werden kann, werden wir berichten.

Steuerlasten und Sachwerte. In den Kreisen der Gewerkschaften herrscht eine starke Unzufriedenheit über die Latenlosigkeit der Reichsregierung hinsichtlich der Veranziehung des Befehes zu den Steuerlasten. Baretis Mitte November v. J. haben die Gewerkschaften die bekannten 10 Forderungen der Reichsregierung und dem Reichstag eingereicht, aber von beiden Stellen ist in der Sache bisher nichts geschehen. In direktem Gegensatz zu den Gewerkschaftsforderungen hat der Reichstag inzwischen bei der Einkommensteuer sogar eine starke steuerliche Entlastung der großen Einkommen beschlossen. Während den Arbeitern und Selbstbedienten die Steuer bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung abgezogen wird, sind die übrigen Steuerpflichtigen schon seit Jahren mit der Steuerzahlung rüchständig, weil angeblich die Steuerbehörden mit der „Beranlagung“ nicht fertig werden können. Statt dieser rüchständigen hohen Steuersummen von den Besitzenden einzuziehen, beginnen die Finanzämter jetzt damit, nachzufontrollieren, ob den Lohn- und Gehalts empfängern die Steuer in richtiger Höhe abgezogen worden ist. Hierzu stehen also den „überlasteten“ Finanzämtern Zeit und Kräfte noch genügend zur Verfügung. Angehts dieser Laasachen ist die steigende Unruhe bei den Arbeitern und Angestellten wohl zu verstehen und eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und den Reichstag an Plaz, daß sie den Bogen nicht über-spannen lassen. Wie wir hören, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich unter Verpung auf seine Forderungen vom November jetzt erneut mit dem dringenden Verlangen an den Reichsanstler gewendet, eine Entscheidung besonders über die Erfassung der Sachwerte baldigt herbeizuführen.

Zur Erfassung der Sachwerte. Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein stilles Geleise zu geraten. Die Einziehung der Vermögensteuern und des Reichtumsopfers läßt nach wie vor auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Veranziehung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschlusse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats auch wenig mehr und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Einhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt vonstatten, so daß schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert. Die Gewerkschaften aber nicht willens, sich in diesem Zustande der Lastenverchiebung abzufinden, und sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine gemeinsame Kommission eingesetzt, der folgende Genossen angehören:

- ADGB: Wissel, Larnow, Albrecht;
 - Ma-Bund: Aufhäuser, Urban;
 - SD: Bernstein, Rabmann;
 - USPD: Dr. Hilferding, Dr. Herp.
- Die Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Parteitag der USPD aufnehmen.

Der Arbeitsmarkt im November 1921 hatte nach den statistischen Erhebungen im allgemeinen keine Verringerung aufzuweisen. Das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet von einem gewissen Stillstand, der zwar noch keinen Rückschritt zu bedeuten braucht, aber in den seit lange befristeten Rückschritt hinüberleiten kann. Bei den organisierten Arbeitern ist die Zahl der Erwerbslosen sogar gestiegen. Auf 100 vom Bericht erfasste Mitglieder kamen im Oktober 1,2 und im November 1,4 Arbeitslose. Dieses Verhältnis entspricht dem Stande vom September, da ebenfalls 1,4 Prozent der Mitglieder ohne Beschäftigung waren. Die Zahlen sind für beide Geschlechter natürlich nicht die gleichen. Bei den Arbeiterinnen ist sogar noch eine Verringerung eingetreten. Die Beschäftigtenzahl stellt sich hier auf 1,2 gegen 1,4 im vorhergehenden Monat.

Im graphischen Gewerbe hat sich der Beschäftigungsgrad auch weiterhin verbessert. Das geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Beruf	Mitglieder	Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose					
		Oktober			November		
		m.	w.	ausf.	m.	w.	ausf.
Buchbinder	84950	1,6	1,4	1,4	0,7	0,6	0,7
Zugsbruder	74910	1,1	—	1,1	0,7	—	0,7
Hilfsarbeiter	45272	1,3	0,9	1,0	0,7	0,5	0,6
Steindruder	18871	1,5	3,0	1,5	1,1	0,8	1,1
Grupp. Zentralverband	5989	0,3	0,1	0,2	0,3	0,1	0,2
Ostpreuss. Bund	3027	1,0	—	1,0	1,0	—	1,0

Die Zahl der untererfassten Volkserwerbslosen hat im Berichtsmonat nur einen kleinen Rückgang erfahren. Am 1. November wurden 150 113, am 1. Dezember 147 806 gezählt. Die Verminderung beträgt 1,5 v. S. (im Vormonat 1,2). Auch hier ist der Rückgang bei den Frauen stärker gewesen, nämlich 1,6 v. S., bei den Männern nur 0,4 v. S. Die Zahl der untererfassten Familienangehörigen hat sich jedoch erhöht. Ein Beweis, daß zahlreichere verheiratete Arbeitnehmer arbeitslos geworden sind. Die Gesamtsumme der ausgezählten Erwerbslosenunterstützung betrug 50 320 044 M.

Reaktionäre Bestrebungen der Industrie in Deutschösterreich. Die Leitung des Hauptverbandes der Industrie in Deutschösterreich hat ein vertrauliches Rundschreiben an die Verbandsmitglieder gerichtet, das „prinzipielle Grundzüge“ enthält, die „in der Vorstandssitzung des Hauptverbandes der Industrie Deutschösterreichs vom 16. November 1921 als verbindlich für sämtliche Unterverbände und Mitgliedsfirmen einstimmig zum Beschluß erhoben wurden“. Günstige Punkte aus diesem Feldzugsplan gegen das moderne Arbeitsrecht seien hervorgehoben:

1. Streikenden oder ausgesperrten Arbeitern oder Angestellten ist unter allen Umständen die Aufnahme zu verweigern.
 4. Die 48stündige Arbeitswoche gilt als Arbeitswoche. Auch in Betrieben, wo nach den geltenden Bestimmungen die 44stündige Arbeitswoche in Betracht käme, ist mit allen Mitteln anzustreben, daß die 44stündige Arbeitswoche aufrechterhalten bleibt.
 5. Das Betriebsrätegesetz ist strikt und einschränkend zu interpretieren, d. h., es ist keinem Mitglied der Verbände gestattet, über den Wortlaut des Gesetzes hinausgehende Resolutionen zu machen. Es gilt als strenge Verpflichtung, daß jede prinzipielle Forderung der Betriebsräte, selbst wenn sie mit dem Befehl nach den Anweisungen des betreffenden Arbeitgebers im Einklang steht, vorher dem zuständigen Arbeitgeberverband zu unterbreiten ist.
 6. Sozialisierungsbestrebungen welcher Art immer, ob sie nun von der Gesetzgebung oder von anderer Seite ausgehen, sind abzuwehren und ist mit dem Hauptverband der Industrie Deutschösterreichs als Gesamtarbeitgeberorganisation bei Auftreten solcher Bestrebungen das Einvernehmen zu pflegen.
 7. Forderungen auf Abzug der Gewerkschaftsbeträge durch den Arbeitgeber und deren Abführung an die Gewerkschaften in welcher Form immer, sind abzulehnen. Es sind ferner alle Forderungen auf Erweiterung der gesetzlichen Urlaube abzulehnen.
 8. Ebenso sind abzulehnen Forderungen auf Einschränkung des Betriebsrates oder der Gewerkschaften bei Einstellung oder Entlassung von Arbeitern und Angestellten.
- Charakteristisch für den Geist der geplanten Aktion ist die strenge Zensurierung, die auch in den anderen Grundzügen zum Ausdruck kommt. Das Einvernehmen des Hauptverbandes ist stets erforderlich, gleichgültig, ob es sich um die Bekämpfung der Sozialisierung, um Auseinandersetzungen mit Arbeiter- und Angestelltenorganisationen oder staatliche Interventionen bei Arbeiterkonflikten handelt.

Glücklicherweise hat der Hauptverband der Industrie Deutschösterreichs in den österreichischen Gewerkschaften mit einem glänzend organisierten Gegner zu tun. „Stramme zentrale Organisationen und vermehrte Kampfundsammlungen werden die Antwort sein“, erklärt die Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs in der Gewerkschaft vom 29. November 1921.

Außenliste des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund geharkarte Dampfer „Christina Ruß“, der am 28. Dezember 1921 mit einer Ladung von 1100 Tonnen Lebensmittel und Kleidungsstücke für die Notleidenden in Rußland an Bord von Samburg nach Riga abfuhr, ist einer dem Internationalen Gewerkschaftsbund zugegangenen Nachricht zufolge am 2. Januar wohlbehalten im Rigaer Hafen eingetroffen. Der erste aus 47 Waggons bestehende Zug ist am 5. d. M. nach dem Distrikt Schuawach abgegangen.

Genossenschaftliche Tagungen 1922. Der 19. deutsche Konsumgenossenschaftstag findet am 18. bis 22. Juni 1922 in Eisenach in Thüringen statt. Mit dem Konsumgenossenschaftstag ist vorhergehend am 18. und 19. Juni eine Versammlung des Generalkrats verbunden. Außer der mit dem Genossenschaftstag verbundenen Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalkrats soll eine solche Versammlung Ende April an einem noch näher zu bestimmenden Ort Mitteldeutschlands stattfinden. Die Verbandstage der zehn Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden in der Zeit zwischen dem 6. und 26. Mai in Bad Galsungen, Stettin, Gera, Ebingen, Dessau, München, Bausen, Görlitz, Elberfeld und Karlsruhe abgehalten werden.

Eingegangene Druckschriften

Leitfaden zum Studium der Wirtschaftsgeschichte von L. Senler. Diese Broschüre ist ein Beweglicher durch das vielverzweigte Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, besonders für Arbeiter und solche Leute, denen wenig freie Zeit zur Verfügung steht und nur Volksschulbildung erhalten haben. Wenn der Arbeiter nicht gleich am Anfang eines Studiums oder beim Lesen einer Broschüre, um seine Bildung zu vervollkommen, abgefallen werden soll, so muß ihm etwas gegeben werden, was seinem Geiste, seiner Vorbildung und seinem Auffassungsvermögen entspricht. Dieses ist der Zweck der Broschüre und man muß sagen, daß derselbe voll und ganz erreicht ist. Die Broschüre erscheint im Verlag von Schöde & Co., Stuttgart. Der Preis beträgt pro Exemplar 3.— M. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Stück ist die Vorzensendung des Betrages an oben genannten Verlag erforderlich.

Konrad Jaensch: „Neue Bahnen der Kulturpolitik“. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik. J. S. W. Nech Nachf., Stuttgart. Vuchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Preis 18.— M. Nach einer ungeheuerlichen Volkstatastrophe, in den Jahren schwerer innerer und äußerer Krisen gelang es dem früheren Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksschulbildung, Konrad Jaensch, die soziale Stellung des Lehrers beträchtlich zu heben, die Lehrerbildung zu reformieren, die gestülzte Dreifachtaucht zu beseitigen, die örtliche Schulverwaltung neu zu gestalten und weitläufige Maßregeln zur allmählichen Entbureaucratisierung der Schulverwaltung zu ergreifen. Er suchte durch Elternbeiträge Schule und Haus in eine möglichst enge Arbeitsgemeinschaft zu bringen. Er wollte aus der Schule eine Erziehungs-

